

Einleitung

die "Re-Emergenz" von Kleinstaaten in Ost- und Südosteuropa an, zeigt des weiteren auf, dass die Kleinstaaten-Forschung nach einer Blüte in den siebziger Jahren in den 80er Jahren stagnierte und formuliert schliesslich einige Desiderata für die europäische Kleinstaatenforschung in den 90er Jahren.

Die Diskussion zeigte auf, dass Kleinstaaten kulturelle Kristallisationskerne darstellen könnten. Ferner stellte sich die Frage, wie sich globales und regionales System zueinander verhielten. Der strukturell schwache Kleinstaat könne womöglich davon profitieren, in grösseren föderativen Zusammenhängen aufgehoben zu sein.

In der Schlussabteilung wird Liechtenstein als Fallbeispiel behandelt. Arno Waschkuhn charakterisierte das politische System Liechtensteins anhand seiner Mischverfassung, skizzierte das System der checks and balances und problematisierte einige Interaktionsmuster politischer Organe, Kräfte und Gruppen im Fürstentum. Von Gerard Batliner werden die Schichten der liechtensteinischen Verfassung von 1921 herausgearbeitet. Liechtenstein verfüge über eine elliptische Staatsform mit zwei Brennpunkten, die den kleinen Staat stärke, aber ihn zugleich möglichen Spannungen zwischen dem monarchischen und dem demokratischen Prinzip aussetze. Des weiteren könnten sich Spannungen zwischen dem demokratisch-monarchischen Gesetzgeber und dem mit starken Kompetenzen ausgestatteten Verfassungsgericht ergeben. Die Koexistenz starker semi-direktdemokratischer und monarchischer Normsetzung und starker Normenkontrolle verlange von den Beteiligten Mass, Rationalität und einen lebendigen Bezug zum Recht.

In der Diskussion wurden zwei sog. Gretchenfragen gestellt. Einmal zur Problematik, wer Inhaber der verfassungsgebenden Gewalt sei, zweitens die Frage, ob dem Fürsten eine politische Richtlinienkompetenz zukomme. Letzteres wurde verneint, ersteres mit Fürst und Volk bei einem wachsenden Vorrang des demokratischen Prinzips beantwortet und generell festgehalten, dass man keineswegs hinter das Modell von John Locke zurückfallen wolle oder könne.

Prinz Nikolaus schilderte die Aussenpolitik Liechtensteins als an einer Wende stehend. Der Kleinstaat müsse Prioritäten setzen. Erste Priorität seien erstens weiterhin eine enge Kooperation mit dem Zollvertragspartner Schweiz und zweitens mit dem östlichen Nachbarn Österreich. Liechtenstein könne sich der Mitgestaltung der europäischen Integration nicht entziehen. Ein Alleingang sei ohnedies nur in vereinzeltten Bereichen möglich